

Iran: Arbeiteraufstände statt Reformhoffnungen

Gleich nach dem »Sieg« im Irak richtete die US-Regierung Drohungen gegen den Iran und gegen Syrien und unterstrich damit, dass es ihr um den Einfluß und die Kontrolle in der gesamten Region geht. Im Fall des Iran war mit dem Streit um den Reaktorbau und um die Zusammenarbeit mit der Internationalen Energiebehörde auch schnell ein Vorwand gefunden, um weitere Schritte gegen das Land zu legitimieren. Aber schon vor dem Irak-Krieg hatten Geheimdienstler in den USA davor gewarnt, militärisch gegen den Iran vorzugehen – es sei viel wirksamer, auf den Widerstand der Jugend im Iran zu setzen, die den USA und ihrer Kultur positiv gegenüber stehe. Die Proteste der Studenten scheinen diese Überlegungen zu bestätigen, und vom iranischen Regime wie von hiesigen Antiimperialisten wurde auch sogleich behauptet, sie seien von den USA geschürt. Der folgende Beitrag eines iranischen Genossen stellt dem die neue Dimension der Arbeiterkämpfe im Iran gegenüber, die auch einen Einfluß auf den Charakter der jüngsten Studentenproteste haben.



Demonstration in Behshahr

Venezuela: Euro statt Dollar bei Ölgeschäften verärgert Washington mehr als entsprechende Maßnahme Saddams November 2002

[stark gekürzt; Quelle: www.vheadline.com, 18.6.2003]

Washington ist verärgert über Venezuelas Entscheidung, als Antwort auf Versuche, südamerikanische Währungen an den Dollar zu binden, mit dreizehn lateinamerikanischen Staaten Öl

Arbeiterrevolte in Behshahr

Am 16. April, eine Woche nach dem Fall von Bagdad, entflammte eine Arbeiterrevolte in Behshahr, einer traditionsreichen Industriestadt im Norden Irans. Die ArbeiterInnen der Textilfabrik »Chitsazi«, die seit 26 Monaten keinen regulären Lohn bekommen hatten, gingen auf die Straße. Dreißigtausend ArbeiterInnen aus anderen Betrieben und Menschen aus anderen Bevölkerungsschichten schlossen sich den etwa 500 ArbeiterInnen an. Drei Tage lang befand sich die Stadt in Aufruhr. Fünf Busse mit Antirevolte-Kräften wurden in die Stadt geordert und griffen die Revoltierenden mit Tränengas und Schlagstöcken an. Es kam zu schweren Zusammenstößen. Parolen gegen die örtlichen Politiker, die Vertreter der Revolutionsführer und

gegen die Parlamentsabgeordneten der Stadt wurden gerufen, und: »Kanonen, Panzer, Maschinengewehr – haben keine Wirkung mehr!«, »Arbeiter einigt euch! Einigt euch!«

Auch in anderen Städten beteiligen sich seit einigen Monaten Arbeitslose, Obdachlose, kleine Straßenhändler oder Landarbeiter an Demonstrationen. Eine derartige Solidarisierung der städtischen Bevölkerung mit den ArbeiterInnen ist neu. Deshalb bezeichnet nicht nur die iranische Linke im Exil, die sich bisher stärker mit der Jugend-, Studenten- und Frauenbewegung im Iran beschäftigt hat, das als einen Wendepunkt. Auch bürgerliche Oppositionelle rufen nun »das iranische Volk« dazu auf, sich der »anti-diktatorischen Bewegung der Arbeiter« anzuschließen.

Am 19. April erklärte der Gouverneur von Behshahr, die ArbeiterInnen hätten nun ihre Vertreter benannt und er hoffe, dass es bei einem Treffen mit den Zuständigen der Stadt und der Provinz zu einer Lösung komme. Die Chitsazi-Fabrik ist seit 1938 in Betrieb, nach der Revolution 1979 wurde sie verstaatlicht und 1994 wieder privatisiert. 1995 sollten etwa 1600 Arbeiterinnen entlassen werden. In der Fabrik, zur Zeit mit etwa 1800 Beschäftigten, entwickelt sich seit 1998 Widerstand gegen Entlassungen, Lohnrückstände und die Schließung des Betriebs. In den Verhandlungen am 19. April bot man den ArbeiterInnen 200 Mio. Tumman an; das wären für jeden Arbeiter etwa 100 000 Tumman (ca. 100 Euro), was weniger als der durchschnittliche Monatslohn für ungelernte Arbeiter im Iran ist. Die vollen Lohnrückstände sollten ausgezahlt werden, sobald der Verkauf des Grundstücks abgeschlossen ist, was sich aber lange hinziehen kann. Die ArbeiterInnen lehnten das ab und ver-

langten die sofortige Auszahlung der vollen Lohnrückstände für 26 Monate, etwa 5 Mrd. Tumman.

In den nächsten Tagen wird ständig demonstriert:

- Am 21. April marschieren die ArbeiterInnen aus der Fabrik und versammeln sich mit Tausenden anderen vor dem Stadtrat. Es kommt zu Zusammenstößen mit den Ordnungskräften. In der Stadt herrscht der Ausnahmezustand. Aus Teheran werden Militärhubschrauber eingeflogen.
- Weitere Demos am 22. April, am 10. und am 12. Mai.
- Am 13. Mai besetzen die ArbeiterInnen die Fabrik und treten in den Hungerstreik.
- Am 17. Mai erklärt der Gouverneur von Behshahr, die streikenden ArbeiterInnen würden weiter auf ihren Forderungen bestehen; sie würden auf niemanden hören, nicht einmal auf die »Weisen der Stadt« oder die »Familien der Märtyrer«. Das sei für die politisch Verantwortlichen ein großes Problem.

Ein Korrespondent der Zeitung *Etemad* berichtet am 5. Juni, dass in den paar Stunden, die er in der Fabrik war, fünf Arbeiter ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Ihr Gesundheitszustand sei sehr kritisch. Aus den Interviews dieses Korrespondenten in der Fabrik geht hervor, dass der Hungerstreik auch von vielen derjenigen Arbeiter getragen und radikalisiert wird, die damals freiwillig in den Krieg gegen den Irak gezogen waren; als sie in die Fabrik zurückkamen, waren sie mit einer anderen Realität konfrontiert und sehen sich heute als die Betrogenen.

Sicherheitskräfte haben die Fabrik von außen abgeschirmt, und die Familien der Arbeiter werden daran gehindert, die Besetzer zu besuchen. Der Gouverneur und die Verantwortlichen der Stadt befürchten weitere Solidarisierungen der städtischen Bevölkerung mit den Arbeitern und versuchen sie einzuschüchtern.

Am 14. Juni beenden die Arbeiter ihren Hungerstreik, am 14. und am 15. Juni gibt es wieder Demos in der Stadt, bei denen diesmal auch Parolen wie »Nieder mit der islamischen Republik« gerufen werden.

Die Hintergründe

Selbst nach offiziellen Zahlen haben etwa 100 000 ArbeiterInnen Lohnrückstände von 3 bis zu 30 Monaten. Neben den allgemeinen großen Problemen für das Kapital im Iran hat sich die Situation in der Textilindustrie besonders zugespitzt. Die Regierung versucht mit verschiedenen Gesetzen, z.B. der Lockerung des Kündigungsschutzes, das Problem in den Griff zu bekommen – aber erfolglos. Die Chitsazi-ArbeiterInnen wehren sich seit August 1998 mit offenen Protesten und Demonstrationen gegen Lohnrückstände

und Versuche, den Betrieb zu schließen. Anfang Oktober 2000 gab es eine Woche lang Demonstrationen, bis die Regierung einige Gelder bereit stellte. Im Oktober 2001 demonstrierten die ArbeiterInnen in der Stadt und blockierten danach die Verbindungsstraße zwischen den Städten Mazandaran und Khorasan. Im September 2002 sperrten sie den Fabrikbesitzer in seinem Büro ein. Solche Kämpfe gibt es nicht nur in fast allen Textilfabriken des Landes, sondern auch in anderen Branchen. Von Streiks und Protesten der ArbeiterInnen wird auch aus anderen Städten berichtet – Semnan, Teheran, Kashan, Isfahan usw..

Von der Heftigkeit der Revolte geschockt, versuchte das Regime mit allen Mitteln, die offiziellen Erste-Mai-Kundgebungen zu verhindern. Zunächst mit Religion: Das »Haus der Arbeiter«, eine regierungsabhängige Organisation, kündigte an, die Erste-Mai-Kundgebung einen Tag früher abzuhalten, da der 1. Mai dieses Jahr mit dem 28. Safar, dem Todestag des Propheten Mohammed zusammenfalle. Nach einem geheimen Treffen zwischen dem Vorsitzenden des »Haus der Arbeiter« und dem religiösen Führer Rafsandschani wurde die Kundgebung ganz abgesagt. Das Regime befürchtete, die Demonstration könnte sich in einen Aufstand verwandeln und das »Haus der Arbeiter« wäre nicht in der Lage, die Proteste unter Kontrolle zu halten. Am 16. Juli 2002 hatte das »Haus der Arbeiter« eine Demonstration gegen die Einführung eines neuen Arbeitsgesetzes vor der Behörde für »Soziale Versorgung« organisiert. Als sich Tausende ArbeiterInnen der Demonstration anschlossen, lief die Aktion den Veranstaltern aus dem Ruder: mit massiver Polizeigewalt mussten ArbeiterInnen davon abgehalten werden, in das Gebäude einzudringen; Hunderte wurden festgenommen und zehn verletzt.

Wohin steuern die Arbeiterkämpfe?

Gerade jetzt, wo mit dem »Sieg« der USA im Irak viele ihre Hoffnungen auf Hilfe von außen setzen müssten, zeigt sich, dass solche Überlegungen in der Arbeiterklasse keinen besonderen Einfluß haben. Die ArbeiterInnen setzen auf ihre eigene Macht. Im Unterschied zu früher sind ihre jetzigen Aktionen nicht gesellschaftlich isoliert, sondern werden zu einem Bezugspunkt für Kämpfe in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die iranische Parteilinke befindet sich angesichts der neuen Klassenkämpfe in einem Dilemma. Sie hat kein Interesse an der Eigeninitiative der ArbeiterInnen, sondern will als politische Vertretung und zukünftige Regierung auftreten – zur Entmachtung des Regimes braucht sie aber den Druck der ArbeiterInnen. Daher empfiehlt sie ihnen, Gewerkschaften zu gründen, und appelliert an Gewerkschaften im Ausland, Protestbriefe an Präsident Chatami zu schreiben. Aber die ArbeiterInnen vertrauen diesen Vertretern nicht. Schon

über Tauschgeschäfte zu handeln. Anders als im Fall Irak können die USA in Venezuela aber nicht einfach einmarschieren. Trotz der Vorwürfe wegen Verbindungen zwischen Chavez und Castro bzw. Ghaddafi schrecken sie davor zurück, über eine Unterstützung von Chavezgegnern hinauszugehen.

Rußland, China, Nordkorea und Malaysia halten große Mengen an Euros in ihren Währungsreserven zur Absicherung gegen einen immer schwächer werdenden Dollar. CIA und der britische MI5 fürchten nun, daß die OPEC ihren Geschäfte von Dollar auf Euro umstellt, was eine sofortige massive Abwertung des Dollar und der an ihn gebundenen Währungen sowie der Auslandsschulden auslösen würde. Angesichts ihres riesigen Zahlungsbilanzdefizits fürchten die USA, daß Saudi-Arabien kurz davor steht, zum Euro überzugehen, und viele OPEC-Minister sehen die Umstellung als unvermeidlich an, die Frage sei nur: wann. Arabische Quellen halten die Umstellung im Nahen und Mittleren Osten für einen vernünftigen Schritt gegen die Fähigkeit der USA, »weitere illegale Kriege zu führen« und drohen mit der Umstellung, sollten britische und US-Truppen nicht bald aus dem Irak abziehen bzw. dieser nicht mehr an der OPEC teilnehmen. Auch der Iran erwägt eine Umstellung und steht daher im Fadenkreuz der USA, die die Opposition unterstützen. Befürchtet wird nun »Destabilisierung und eine Art Befreiungskrieg unter dem Vorwand, die Demokratie nach dem Vorbild der USA zu bringen, während sie im Kern nur den Dollar als weltweite Leitwährung erhalten wollen.«

unter dem Schah haben sie die Gewerkschaften nicht akzeptiert; in der Revolution 1979 haben sie eigene Streikkomitees und Arbeiterräte gegründet. Und die Krise der Gewerkschaften in vielen Ländern macht diese Politik auch nicht glaubwürdiger.

Die Linke hat sich sehr darüber gefreut, dass es in Behshahr zu Verhandlungen mit den Vertretern der ArbeiterInnen gekommen ist, und sieht in diesen Vertretungsorganen einen Sieg der Arbeiter gegenüber dem Regime (siehe die Stellungnahmen der »Arbeiterkommunistischen Partei des Irans«, die sich mit Protestbriefen von Gewerkschaftsbürokraten aus aller Welt wie Klaus Zwickel oder dem kanadischen Gewerkschaftsboss Georgetti schmückt). Aber die ArbeiterInnen scheinen keinen großen Nutzen in solchen Organen zu sehen und ziehen ihre eigenen informellen Organisationsstrukturen vor. Während es den reformorientierten Kräften in den letzten Jahren gelungen ist, eigene einflußreiche Organisationen in der Studenten- und der Frauenbewegung zu installieren, blieben ähnliche Versuche bei den Arbeitern erfolglos. Sie stehen den »Reformern« distanziert gegenüber.

Seit dem 10. Juni 2003 dauern die **Proteste in den Studentenwohnheimen** und auf den Unigeländen in Teheran an. Im Unterschied zu 1999 weiteten sie sich auf viele andere Städte des Landes und in andere Bevölkerungsgruppen aus – trotz der Drohungen von Chamenei, die Unruhestifter seien Söldner der USA. Es wird geschätzt, dass 90 Prozent der Beteiligten an den Protesten keine Studenten sind. Die Parolen auf den Demos zielen nicht mehr auf »Reformen«, sondern fordern den Rücktritt Chatamis.

Bezeichnend und ebenso normal ist es, welches Gewicht die (Welt-)Öffentlichkeit diesen Ereignissen im Vergleich mit Arbeiterrevolten wie in Behshahr zuschreibt (z.B. kommentiert die *Süddeutsche Zeitung* am 12. Juni: »Es war die erste solche Eruption, seit die Amerikaner mit dem Sturz Saddam Husseins an die iranische Westgrenze vorgerückt sind.«). Die Demokratiebewegung spielt die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Proteste herunter oder streift sie nur flüchtig, da sie für diese Probleme wie überall auf der Welt keine Lösungen anzubieten hat. Auslö-

ser für die Proteste war das Vorhaben des Bildungsministers, der zum Reformflügel des Regimes gezählt wird, die Universitäten zu privatisieren. In dem Plan, einige Vorlesungen mit Gebühren zu versehen, sehen die Studenten die Absicht der Regierung, das Studium nur noch den Wohlhabenden zu ermöglichen. Jedes Jahr fallen zwei Millionen Abiturienten in den Zulassungsprüfungen der Universitäten durch und müssen sich mit prekären Jobs durchschlagen. Seit der Revolution von 1979 hat sich die Bevölkerung des Iran von 34 auf 70 Millionen mehr als verdoppelt, 70 Prozent der Menschen sind unter 30 Jahre, 50 Prozent unter 20 Jahre alt; die Arbeitslosenquote wird auf 35 Prozent geschätzt.

Der Versuch der iranischen Bourgeoisie, der wirtschaftlichen Lage durch einen »Reform«-Prozeß Herr zu werden, ist gescheitert. Die Hoffnung auf eine US-amerikanische Intervention, die viele Monarchisten und Wohlhabende besonders im Exil hegen, wird auch im Iran hier und da geäußert. Das ist aber Ausdruck der Hilflosigkeit derer, die nicht daran denken, selber zu rebellieren. Vieles deutet darauf hin, dass sich die Träger der »Demokratiebewegung« von links bis rechts – Intellektuelle und (ehemals) linke Gruppen im Ausland bis hin zu Oppositionsgruppen im Iran – auf den Slogan »Referendum unter internationaler Beobachtung über eine säkulare Demokratie« geeinigt haben und einen friedlichen Regimewechsel anstreben: bloß keine Revolution, sagen alle. Sie fordern die Studenten auf, den »Weg der friedlichen Proteste« nicht zu verlassen. Seit Monaten wird mit der Forderung nach einem Referendum für eine große Demonstration am 9. Juli 2003, dem Jahrestag der Studentenproteste von 1999, mobilisiert. Es ist aber sehr fraglich, ob ein »friedlicher« Wechsel im Iran möglich ist. Ein militärisches Eingreifen der USA würde die Lebensbedingungen der Proletarier weiter verschlechtern und den Kurs der kapitalistischen »Reformen« forcieren. Es würde keines der Probleme lösen, an denen sich heute die Arbeiterproteste entzünden. Nur ein Sturz des Regimes durch die Gewalt von unten, durch die Entwicklung einer Arbeiterrevolte könnte die Weichen ganz anders stellen...

S., 20. Juni 2003